

Montagsmittagsblatt 8 h
Abonnementbedingungen:
 Wien: Mit Zustellung ins Haus:
 wöchentlich 60 h,
 monatlich 2.60, vierteljährlich 7.80
 Zum Abholen in den Filialen, in allen
 Tabak-Trafiken und Verlagsstellen:
 Monatlich 2.60.
 Provinz und Ungarn:
 Monatlich 3.—, vierteljährlich 9.—
 bei freier Zustellung durch die Post.
 Deutschland: Vierteljährlich 12.—,
 für alle anderen dem Weltpostverein
 angehör. Länder: Vierteljährlich 15.—.
 Abonnements werden angenommen
 in der Administration, V. Rechte
 Wienzeile 97, und in den Filialen:
 I. Schulerstraße 13, Telefon 9191
 II. Bazmanilengasse 30, Tel. 40229
 X. Dielenplatz 6, Telefon 58244
 XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 35120
 XVI. Knausgasse 34, Telefon 34140
 XVII. Badnergasse 22, Telefon 17175
 Für die an fremde Abnehmer oder
 Verschleiher bezahlten Beträge leisten
 wir keine Garantie.
 Offene Reklamationen sind portofrei.

tung

erreich.

nachmittags.

Arbeiterzeitung

XXVIII. Jahrgang.

Das wirtschaftliche Gewissen meldet sich.

Die Wirtschaftskonferenz der Entente-mächte zu Paris hat das Programm für einen Handelskrieg nach dem Kriege der Waffen aufgestellt in der Absicht, den Weg zu weisen, wie Deutschlands und auch Oesterreich-Ungarns Volkswirtschaft und Welthandel nach dem Kriege vernichtet werden könnten. Obwohl es unleugbar ist, daß die öffentliche Meinung der verbündeten Länder in der Leidenschaft des Krieges dieses Programm günstig aufgenommen hat, beginnt sich doch das wirtschaftliche Gewissen der betroffenen Kreise gegen Maßregeln aufzulehnen, die nicht nur dem eigenen Wirtschaftsleben schweren Schaden tun, sondern auch die Kriegsgefahr verewigen müßten.

In England haben sich, wie erinnerlich, die praktischen Volkswirte selbst, die in der Vereinigung der britischen Handelskammern vertreten erscheinen, für den Schutz Zoll ausgesprochen. Am meisten Aufsehen gemacht hat der gemeldete Meinungswandel der Handelskammer von Manchester, die durch drei Vierteljahrhunderte die Vorkämpferin des Freihandels gewesen war. Trotz dieses Wandels setzt der „Manchester Guardian“, das angesehenste Organ der englischen Freihändler, seinen Feldzug gegen die Schutzzölle und gegen den Wahnsinn des hauptsächlich von französischen Fanatikern gepredigten Wirtschaftskrieges mutig fort. Schon lange Jahre vor dem Kriege sind die industriellen Kreise durch das sieghafte Vordringen der deutschen und der amerikanischen Konkurrenz auf dem Boden Englands, das sich bis dahin als die Werkstätte der Welt fühlte, in Erregung gehalten worden. Insbesondere das System des „Dumping“, des Schleuderns, hat nicht ohne Grund Anstoß erregt. Deutsche und amerikanische Kartelle haben, nachdem sie sich im Inland an hohen Preisen schadlos gehalten, ihre Ueberzeugung zu niedrigen Preisen auf den englischen Markt geworfen (Stahl, Zucker). Die englische Industrie, durch Zölle nicht geschützt und darum außerstande, sich irgendwo an Monopolpreisen vorweg zu sättigen, hat begonnen, sich mit der Schutzzollidee zu befreundeten.

Aber gibt es dagegen nicht andere Abwehrmittel? Der „Manchester Guardian“ schreibt dazu (nach der „Bosischen Zeitung“): „Wird irgend ein heimischer Handel von dem Wettbewerb billiger ausländischer Waren betroffen und kann er nachweisen, daß er das Opfer einer ein Monopol anstrebenden fremden Kombination ist, so wäre es durchaus möglich, im Notfall, zur Behebung der Gefahr, ein völliges Verbot solcher Waren zu erlassen, bis die Krisis vorüber ist. In diesem Vorschlag ist nichts neu. Er ist schon vor Jahren in den reinsten Freihandelskreisen gemacht worden. Auch verstößt er nicht gegen die beiden großen Grundsätze des Freihandels, daß die normale Entwicklung des Handels zwischen allen Völkern die hoffnungsvollste Grundlage friedlicher Beziehungen ist und daß durch einen überartigen Austausch jedes Volk dazu geführt wird, seine eigenen Energien den gewinnbringendsten Gegenständen zuzuwenden.“ England hat sich seinerzeit durch die Brüsseler Zuckerkonvention gegen das Dumping mit Zucker geholfen und hätte mit den gleichen Methoden Anschläge einer absurd gewordenen Schutzzöllerei besser abwehren können als durch den Krieg, ohne das System des Freihandels aufzugeben.

In England mehren sich auch die Stimmen, die aus militärischen Gründen die Pariser Beschlüsse verwerfen. Auch ihnen leih das Manchesterer Organ Ausdruck: „Unter dem Gesichtspunkt der Kriegssicherheit ist die Entwicklung unserer Schifffahrt dasjenige, was am meisten in Betracht kommt. Es sprechen aber auch militärische Gründe für das wirtschaftliche Argument des Freihandels. Der freie Austausch von Waren mit allen Nationen hat uns zum Finanzmittelpunkt der Welt gemacht. Das Schlagwort von dem Selbstgenügen mag uns zur öffentlichen Organisation dieses oder jenes Industriezweiges zwingen oder nicht. Es wird uns aber sicherlich in dem Glauben bestärken

von der Notwendigkeit der Zustimmung zu den allgemeinen Grundsätzen der Handelsfreiheit.“

Nicht minder groß sind die Bedenken in Rußland. Die der jungen Industrie nahestehenden liberalen Parteien Rußlands freilich erhoffen von der Ausschaltung der deutschen Konkurrenz, daß sie eine Epoche großzügigster Gründungen auf nationalrussischer Basis einleiten werde. Aber noch ist die gewaltige Mehrheit des russischen Volkes an der schrankenlosen Ausfuhr von Getreide mehr interessiert und diese Ausfuhr ist immer noch am bequemsten und lohnendsten in Deutschland unterzubringen — unter einer Voraussetzung freilich, daß nämlich Deutschland sich nicht durch Zölle vor ihr verschließt. Dieser Abschluß hat sehr viel dazu getan, das überlieferte gute Verhältnis Rußlands zu Deutschland ins Gegenteil zu verkehren. Auch in Italien haben ernste Volkswirte, soweit sie im Chor gehässiger Kriegshege zu Wort kommen, ihre schweren Bedenken gegen ein Handelssystem, das das Land von seinen bisher wichtigsten Handelsbeziehungen losreißen würde, nicht verhehlt.

Trotz alledem sind die Befürchtungen auf allen Seiten rege, daß die feindseligen Stimmungen, die ja gerade die Bourgeoisien der kriegsführenden Länder in diesem „Wirtschaftskrieg“ befeuern, noch lange Zeit nachwirken und nicht nur gesetzgeberische Versuche nach Art der in der Pariser Konferenz geschilderten fördern, sondern auch durch einen lauten oder stillschweigenden Boykott die Wiederbelebung des Handels hindern oder hinausschieben werden. Auch die Neutralen sind darüber nicht ohne Sorge, zumal da Paris ihnen den Ausschluß von allen Handelsbegünstigungen, die den jetzigen Bundesgenossen vorbehalten bleiben sollen, angedroht hat.

Die Abwehrbewegung ist von Dänemark ausgegangen. Anfang Juli ist in Kopenhagen eine Konferenz der skandinavischen Staaten zusammengetreten, welche gemeinsame Wirtschaftsfragen behandelte, und in ihrer Presse ist der Vorschlag eines skandinavischen Handelsbundes, der auf weitgehender Vereinheitlichung der Handelsgesetzgebung und der Tarifpolitik aufzubauen wäre, bereits lebhaft erörtert worden. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ knüpfte an die Besprechung dieser skandinavischen Bestrebungen Folgerungen für Holland, indem er schrieb: „Die skandinavischen Staaten gehen mit dem guten Beispiel voran, indem sie sich zu einem wirtschaftlichen Handelsbund zusammenschließen werden. Aber dies genügt nicht. Wir könnten ein Handelsbündnis, welches alle neutralen Staaten in sich schließt, gebrauchen. Das wäre der einzig richtige Weg, um die Interessen der neutralen Staaten wirklich zu wahren.“ Und nun geht auch ein Schweizer Blatt, die „Neue Zürcher Zeitung“, auf diesen Gedanken ein, indem es, diese Tatsachen zusammenstellend, für einen Wirtschaftsbund der Neutralen wirbt. Seit Monaten würden in beiden Kriegslagern hinter den Fronten die handels- und wirtschaftspolitischen Waffen für den Wirtschaftskampf geschmiedet, der sofort nach Friedensschluß einsetzen soll. Die Neutralen dagegen ständen Gewehr bei Fuß. Und doch müßte man sich fragen, ob nicht auch für die Neutralen nunmehr der Augenblick zu „aktiver Defensiv“ auf wirtschaftlichem Gebiet gekommen ist. Das Blatt denkt dabei an eine gemeinsame Vorbereitung solidarischer handelspolitischer Aktion bei der künftigen Neuordnung der Handelsverträge und stellt sich diese so vor: Schaffen die kriegsführenden Vorzugs-, Mittel- und Maximaltarife und bieten sie den Neutralen den Mittel- und Maximaltarif gegen deren Meistbegünstigung, so sollten die Neutralen antworten: „Unsere Meistbegünstigung ist nur gegen Vorzugstarif zu haben.“ „Das einzelne neutrale Land für sich allein wird nicht imstande sein, eine solche Forderung wirksam durchzusetzen; wenn aber zum Beispiel die Niederlande, die drei skandinavischen Staaten, Spanien und die Schweiz sich auf ein gemeinsames Vorgehen einigen würden und als Kampfmittel eventuell eine Vorzugsbehandlung unter Neutralen in Aussicht nähmen, so bliebe diese handelspolitische Waffe bei kommenden Verhandlungen wohl kaum wirkungslos.“ Selbstverständlich wird das größte noch neutrale Land, die Vereinigten Staaten, allein